

Yoon of Südkorea bestreitet Anordnung zur Festnahme von Abgeordneten

Südkoreas Präsident Yoon Suk Yeol bestreitet, während seines gescheiterten Martial-Law-Versuchs die Festnahme von Abgeordneten angeordnet zu haben. Sein Impeachment-Verfahren nimmt Fahrt auf.

Seoul, Südkorea (Reuters) — Der südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol nahm am Dienstag an einer Anhörung des Verfassungsgerichtshofs teil, die seinem Amtsenthebungsverfahren gewidmet war. Dabei bestritt er, die Militärkommandeure angewiesen zu haben, Abgeordnete während seines gescheiterten Versuchs, das Kriegsrecht zu verhängen, aus dem Parlament zu drängen.

Yoons Engagement für die Demokratie

Zu Beginn der Anhörung äußerte Yoon, dass er mit „einer festen Verpflichtung zu freier Demokratie“ im öffentlichen Dienst gearbeitet habe, als er von dem amtierenden Präsidenten des Verfassungsgerichts, Moon Hyung-bae, eingeladen wurde, seine Stellungnahme abzugeben.

In einem marineblauen Anzug mit einer burgunderroten Krawatte gekleidet, der zuvor als Staatsanwalt tätig war, bevor er 2022 zum Präsidenten gewählt wurde, versprach Yoon, alle Fragen, die das Gericht an ihn hatte, zu beantworten.

Rückhalt und Vorwürfe

Yoon ist seit letzter Woche **inhaftiert** im Rahmen einer

separaten strafrechtlichen Untersuchung. Ihm wird vorgeworfen, mit seinem Versuch, **das Kriegsrecht zu erlassen** Anfang Dezember einen Aufstand angeführt zu haben, was das Land schockierte und innerhalb weniger Stunden vom Parlament zurückgenommen wurde.

Yoon erklärte während der Anhörung, die am 3. Dezember eingesetzten Spezialeinheiten seien nicht ins Parlament geschickt worden, um die Legislative abzuschalten oder ihre Maßnahmen gegen sein Vorhaben zu verhindern. Er war sich bewusst, dass ein solches Handeln zu einer nicht zu rechtfertigenden Krise führen würde.

Rechtfertigung der Maßnahmen

„In diesem Land sind das Parlament und die Medien weitaus mächtiger als der Präsident und stehen in einer weitaus überlegenen Position“, sagte Yoon vor dem Gericht.

Seine Anwälte legten Argumente zur Verteidigung von Yoons Kriegsrechtserlass dar. Sie behaupteten, dass dieser dazu gedacht war, ein Alarmzeichen wegen der Missbräuche der oppositionellen Demokratischen Partei auszulösen.

Sie argumentierten, die Handlungen der Opposition hätten die Regierung gelähmt und die demokratische sowie verfassungsmäßige Ordnung des Landes an den Rand des Zusammenbruchs gedrängt.

„Der Erlass sollte lediglich das Format des Kriegsrechts festlegen und war niemals dazu gedacht, ausgeführt zu werden, noch wäre dies möglich gewesen aufgrund des Konflikts mit höherstehenden Gesetzen“, sagte Anwalt Cha Gi-hwan vor dem Gericht.

Opposition und Parlamentarische Abstimmung

Cha wies auch die Aussagen von Militärkommandeuren, die an der Erklärung des Kriegsrechts beteiligt waren, zurück. Diese hatten erklärt, dass Yoon und seine obersten Berater die Festnahme einiger Abgeordneter angeordnet hätten, die politisch mit dem Präsidenten in Konflikt geraten waren.

Die oppositionelle Demokratische Partei, unterstützt von Minderheitsparteien und 12 Mitgliedern von Yoons Volksmachtpartei, stimmte am 14. Dezember mit einer Zweidrittel-Mehrheit für die Amtsenthebung Yoons.

Verfahren und Beweise

Das Verfassungsgericht begann das Verfahren am 27. Dezember, um einen **Amtsenthebungsantrag** zu überprüfen, in dem Yoon vorgeworfen wird, seine verfassungsmäßigen Pflichten durch die unverhältnismäßige Verhängung des Kriegsrechts verletzt zu haben.

Das rechtliche Team des Parlaments präsentierte Aussagen von Militärkommandeuren und Videoaufnahmen, die Militärhubschrauber zeigten, die auf dem Parlamentsgelände landeten, sowie Spezialeinheiten, die in das Hauptgebäude eindrangen, während Truppen sich auf die Nationale Wahlkommission zubewegten.

Auswirkungen und Sicherheitsvorkehrungen

Einer der Anwälte kritisierte auch unbegründete Behauptungen über Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkommission, die Yoon zur Rechtfertigung des Kriegsrechts angeführt hatte.

„In der aktuellen nationalen Unruhe in Südkorea kann die Verschwörungstheorie der Wahlfälschung unsere Gemeinschaft selbst zerstören“, erklärte der Anwalt.

Das Verfassungsgericht hat bis zu 180 Tage Zeit, um zu entscheiden, ob Yoon dauerhaft aus dem Amt entfernt oder wieder eingesetzt wird.

Yoon wurde zu der Anhörung aus dem Detention Center Seoul in einem Fahrzeug des Justizvollzugsdienstes transportiert, eskortiert von einem Motorcade des Präsidentialen Sicherheitsdienstes.

Er durfte sich aus der khakifarbenen Gefängnisuniform, die er zurzeit trägt, umziehen.

Nach der Anhörung besuchte Yoon eine medizinische Einrichtung, um dort mit vorheriger Genehmigung des Chefs des Detentionszentrums medizinische Hilfe zu erhalten, wie das Justizministerium mitteilte. Weitere Einzelheiten wurden aus Gründen des Datenschutzes nicht bekannt gegeben.

Yoons Entscheidung, an der Anhörung zur Amtsenthebung teilzunehmen, steht im Gegensatz zu seinem energischen Widerstand gegen die gegen ihn geführten strafrechtlichen Verfahren, bei denen er sich weigerte, vorzuladen oder an Vernehmungen teilzunehmen.

Juristische Herausforderungen und Sicherheitslage

Yoons Anwaltsteam hat die Vorwürfe zurückgewiesen, er hätte einen Aufstand angeführt, ein in Südkorea mit lebenslanger Haft oder sogar theoretisch mit der Todesstrafe bestraftes Verbrechen.

Die Sicherheitsvorkehrungen am Verfassungsgericht wurden am Dienstag erhöht, nachdem eine Gruppe **wütender Yoon-Anhänger** in das Amtsgericht eindrang, das einen Haftbefehl zur Verlängerung seiner Haft erließ.

Dutzende von Polizeibussen wurden auf beiden Seiten der

Straße aufgereiht, um Hunderte von Yoon-Anhängern mehr als 100 Meter vom Gericht entfernt zu halten.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)